

**Der Landesausschuss der KLJB Bayern II/2001 hat beschlossen:**

## **Stellungnahme zur politischen Lage nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001**

Die Katholische Landjugend Bewegung (KLJB) Bayern verurteilt die Terroranschläge vom 11. September 2001 auf das Schärfste.

Mit Erschrockenheit reagiert sie auf die als Antwort darauf begonnene Bombardierung Afghanistans.

Die KLJB Bayern spricht den Opfern der Terroranschläge sowie der unschuldigen Zivilbevölkerung in Afghanistan ihr Mitgefühl aus.

Die Bombenangriffe auf Afghanistan schränken die internationalen Hilfsorganisationen in ihrer Arbeit massiv ein. Die Zerstörung ihrer Lagerhäuser durch die Bombenangriffe verschärft diese Situation. Darüber hinaus wird mit dem bevorstehenden Wintereinbruch die Versorgung der Bevölkerung in zunehmendem Maße behindert. Deshalb müssen Wege gefunden werden, die Zivilbevölkerung in Afghanistan humanitär zu unterstützen und vor Gewalt zu schützen. Eine Eskalation der Gewalt ist zu vermeiden. Durch die in Afghanistan bisher eingesetzten militärischen Mittel konnte der Terrorismus nicht wirksam bekämpft werden. Deshalb fordert die KLJB Bayern die sofortige Beendigung der Bombenangriffe auf Afghanistan.

In Deutschland muss bezüglich der Bekämpfung des internationalen Terrorismus eine kritische Auseinandersetzung stattfinden. Solidarität mit Bündnispartnern darf nicht heißen, kritiklos alle Maßnahmen zu akzeptieren. Die KLJB Bayern appelliert an die Bundesregierung, eine stärkere Beteiligung der Vereinten Nationen an der Konfliktlösung einzufordern. Die KLJB Bayern verurteilt die Trennung in eine „zivilisierte“ und in eine „unzivilisierte“ Welt. Im Umgang mit allen Ländern muss ein partnerschaftlicher Stil gefunden werden, der auf Toleranz und Respekt basiert, wie es Bundespräsident Rau bereits für die Entwicklungsländer gefordert hat.

Die KLJB Bayern fordert die Regierungen, insbesondere die Bundesregierung auf, eine grundlegende und breit angelegte Ursachenforschung von Hintergründen für Terrorismus zu betreiben. Dabei müssen politische, wirtschaftliche und soziale Zusammenhänge berücksichtigt werden. So ist es möglich, die Ursachen von Hass und Terror zu erkennen und gezielter zu bekämpfen.

Innenpolitisch werden derzeit vielfältige Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit diskutiert und durchgeführt. Persönlichkeitsrechte und Datenschutz werden dabei nicht mehr ausreichend respektiert. Die KLJB Bayern lehnt deshalb übereilte und unreflektierte innenpolitische Maßnahmen ab. Hierdurch werden zusätzlich Misstrauen und Ängste geschürt. Die KLJB Bayern fordert eine Diskussion über das Verhältnis von Sicherheit und Freiheit. Sicherheit darf nicht durch unangemessene Einschränkungen persönlicher Freiheiten erkaufte werden.

Die Auseinandersetzung mit gesellschaftlich wichtigen Fragen und Zusammenhängen - besonders auf dem Gebiet internationaler Beziehungen - sowie das Einüben der Demokratie sind für die KLJB satzungsgemäße Aufgaben sowie lebendige Ziele. Daher wird sich die KLJB Bayern mit Themen wie interkulturellem Lernen und politische Bildungsarbeit weiterhin in die gesellschaftliche Diskussion einbringen.

*Beschlossen auf dem Landesausschuss II/2001 am 4. November 2001*